

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Erschließung bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauen M. 23.—, für das übrige Ausland M. 30.—, Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Die neungespaltene Komparatabelle über deren Raum kostet 6.— M., einschließlich Anfertigung. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anfertigung. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Befunde 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Befunde in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M., Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Was wird aus der Abrüstung?

Die französische Stellung

In der Völkerverversammlung zu Genf hielt der französische Delegierte Koblemaire eine große Rede über die Abrüstungsfrage, die sich zu einer Auseinandersetzung des Verhältnisses Frankreich zu Deutschland gestaltete. Der Redner legte dar, daß sich die Stellung Frankreichs zum Abrüstungsproblem im letzten Jahr nicht geändert habe und bezeichnete als Voraussetzung für eine spätere Abrüstungspolitik die völlige Durchführung der Abrüstung bei den durch die Friedensverträge dazu gezwungenen Nationen und die Organisation des Kontrollrechts. Das Abrüstungsproblem kann nach dem französischen Delegierten nicht besser als an einem konkreten Beispiel, das aber nur ein Beispiel sein sollte, beleuchtet werden und zwar

an dem Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich.

Unter gespannter Aufmerksamkeit der Versammlung erklärte Koblemaire, daß er mit Vorsicht, Höflichkeit und Gerechtigkeit das Problem anfaßte. Er betonte zunächst, indem er an seine eigenen Kriegserlebnisse erinnerte, daß man auch die Gefühle und die Tapferkeit beim Gegner achten müsse. Genau so wie der französische Soldat vor dem Tod im Felde als letztes Wort „Es lebe Frankreich!“ ausgerufen hat, sind auch Hunderte und Tausende von deutschen Soldaten mit dem Ruf auf den Lippen gestorben: „Es lebe Deutschland“. Warum, so rief Koblemaire aus, sollen diese heiligen Wünsche unserer Helden — und ich sage das Wort „Helden“ von ganzem Herzen, indem ich mich bemühe, die Ausschreitungen, deren Schrecken wir nicht wieder erleben wollen, zu vergessen — warum sollen diese Wünsche sich nicht alle verwirklichen? Warum soll es unmöglich sein, daß in Zukunft Frankreich lebt, aber auch Deutschland lebt? Warum soll neben einem freien und friedlichen Frankreich nicht ein freies Deutschland leben können? Sind wir nicht gerade deshalb hier, um dieses Ereignis, das in sich das Glück und den Frieden eines großen Teils der Welt birgt, zu ermöglichen und es in Bälde zu ermöglichen? Koblemaire glaubt, daß dieses Ziel mit dem Zusatzantrag Bourgeois zu verwirklichen ist, das heißt, wenn Frankreich die notwendigen Wiedergutmachungen, die notwendigen Sicherheiten durch eine vollständige und loyale Ausführung des Friedensvertrages, die die wesentliche Grundlage des Völkerbundes selbst bilden, erhalten hat. Diese Sicherheiten sind heute noch nicht vollständig erreicht. Zwar sind die materielle Abrüstung Deutschlands und die Ablieferung der Waffen so gut wie vollzogen. Aber die Möglichkeit neuer Rüstungen ist noch nicht beseitigt, so daß die Fortführung der bisherigen Kontrolle nicht überflüssig ist, so wenig wie die in Artikel 213 und die durch den französischen Antrag für alle Staaten vorgesehene Ueberwachung.

Mit besonderem Nachdruck erhob hierauf Koblemaire die Forderung moralischer Abrüstung, die wichtiger sei als die materielle. Nach seiner Ansicht hat sich diese moralische Abrüstung in Frankreich bereits vollzogen.

Wie steht es mit Deutschland?

Wir wissen nicht, ob sich in Deutschland diese unentbehrliche Abrüstung der Geister und der Herzen vollzogen hat oder aber

wir wissen zu gut, daß sie noch auf starke Widerstände stößt. Wir sehen, wie auf der ganzen deutschen Erde sich gegenwärtig eine der erschütterndsten Tragödien abspielt: des Krieges und des Revanchegedankens gegen den Geist des Friedens und der Arbeit, zwischen den Junkern und der Demokratie, und da können wir uns unsere Sicherheit, die mit der Sicherheit ganz Europas zusammenfällt, gewiß und voll erst an dem Tage vorstellen, an dem die deutsche Republik unbesritten ist, sich fester demokratischer Einrichtungen erfreut und an dem in Deutschland der endgültige Triumph des gerechten Ideals, der Würde und der Freiheit gesichert ist, die auch die Ideale des Völkerbundes selbst sind. Wer aber will bestreiten, daß in dieser Stunde der Ausgang des Duells noch unsicher ist, daß wir infolgedessen mit Gewehr bei Fuß bleiben müssen. Das sei, so führte Koblemaire weiter aus, kein Militarismus, sondern einfach der Wille, nicht noch einmal die Greuel des Krieges zu erleben. In diesem Geiste arbeite Frankreich im Völkerbund und werde jetzt auch nach Washington gehen. Koblemaire schloß seine Rede mit den Worten: Ich glaube, den Willen meines Landes und auch des Völkerbundes in folgende Worte zusammenfassen zu können: „Wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor.“

Die Rede wurde von vielfachen Beifallsstundgebungen unterbrochen. Zum Schluß beglückwünschten zahlreiche Delegierte den Redner.

Alle späteren Redner, Fisher-England, Symans-Belgien und auch Lord Robert Cecil schlossen sich den Darlegungen Koblemaires an und hoben ihre Bedeutung zum deutsch-französischen Problem hervor. So gab Fisher zunächst dem Verständnis Ausdruck, das England der französischen Auffassung entgegenbringe. Jedoch seien nach seiner Ansicht die friedlichen Gefühle nicht nur auf der einen Seite des Rheins. Der Friede Europas und der Welt wird erst möglich, wenn Frankreich und Deutschland ihre Gegenseite etwas vergessen haben. Er zitierte bei dieser Gelegenheit Beispiele ritterlicher Gesinnung deutscher Kriegsteilnehmer und sagte schließlich, daß nicht nur Frankreich, sondern auch England den Frieden wolle. Frankreich und England, erklärte er wörtlich, sind in der letzten Zeit auf dem diplomatischen Boden Europas nicht immer einig gewesen. Neuhern will ich aber nichts darüber, meine Herren. Beide Staaten verfolgen das gleiche Ziel, beide wollen für den Frieden arbeiten, selbst wenn sie in den Methoden nicht übereinstimmen.

Symans-Belgien sah in der Übereinstimmung Englands und Frankreichs ein bedeutungsvolles Ereignis, über welches auch die in der Versammlung vertretenen kleinen Staaten größte Genugtuung empfanden.

Lord Robert Cecil, der die Debatte beschloß, bezeichnete die Rede Koblemaires als das große Ereignis der gegenwärtigen Tagung. Er ist einverstanden damit, daß man der Freundschaft Englands für Frankreich Ausdruck gibt, hält es aber für unehrlich, wenn man nicht auf gewisse Mißverständnisse, die in der öffentlichen Meinung weiterbestehen, hinweist, die allerdings durch Reden, wie die des französischen Delegierten, zerstreut werden können. Er hoffe, daß Koblemaires Rede in England, vor allen Dingen aber auch in Deutschland gelesen wird. Cecil schloß mit den Worten: In dem Kampfe zwischen dem Deutschland der Junker und dem Deutschland der Demokraten muß der Völkerbund sich auf die richtige Seite stellen und allen denen seine hilfsbereite Hand reichen, die dort für den Frieden arbeiten.

Parteien und Regierung

Bürgerliche Angst vor der Linkspolitik

Die Antwort der Unabhängigen Sozialdemokratie auf die Anfrage der Rechtssozialisten wird von der Presse noch nicht eingehend kommentiert. Dagegen liegen eine Reihe von Äußerungen über die Taktik der Rechtssozialisten vor, die nicht uninteressant sind. Die bürgerliche Presse faßt das Vorgehen der Rechtssozialisten als ein rein taktisches Manöver auf. Am schärfsten vertritt diese Ansicht Georg Bernhard, der rühmlichste Vorkämpfer der Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierung. Er schreibt in der „Völkischen Zeitung“:

„Die Unabhängigen traten in scharfer Opposition, und die Wirkung dieser Opposition zeigte sich, wie voraussehbar, alsbald in einem Teil der mehrheitssozialistischen Parteipresse. Um diese Wirkung wieder gutzumachen, haben denn auch die Sozialdemokraten ihre neue Anfrage an die Unabhängigen gerichtet. Diese Anfrage soll beweisen, daß in Görlich die Sozialdemokratie nicht einseitig gebunden worden ist. Daneben aber will man mit ihr noch andere rein taktische Zwecke verbinden. Man will der Deutschen Volkspartei zeigen, daß man sie nicht unter allen Umständen braucht, und man hofft, von den Unabhängigen eine glatte Absage oder unannehmbare Bedingungen zu bekommen. Dieses gewagte Manöver läßt an den Fehlern aller überflügeln Maßnahmen, nämlich an der Ueberschätzung der Ungewandtheit des Kontrahenten, in dessen Hand man sein Schicksal in dem Augenblick gibt, wo der Kontrahent sich als klüger ausgibt als man erwartete. Es steht jetzt bereits fest, daß die Unabhängigen eine Antwort geben werden, die weder die taktische noch die politische Situation der Sozialdemokratie bessert. Man hatte eben auf sozialdemokratischer Seite den Taktiker, den man gegenüber den Unabhängigen machte, einen taktischen Fehler hinzugefügt. Und die Folge ist, daß die Bildung der Koalition hinausgezögert wird, daß jetzt die Gefahr besteht, daß die Parteien sich noch mehr auseinanderreden, und daß die praktische Arbeit wert weiß wie lange noch aufgeschoben werden wird.“

Bernhard sieht die Koalition gefährdet, weil er genau weiß, daß die bürgerlichen Koalitionsparteien, Zentrum und Demokraten, nur das eine Ziel verfolgen, die Deutsche Volkspartei in die Regierung zu bringen und so den rechtssozialistischen Einfluß noch mehr zu schwächen. Sie wollen deshalb die Ausdehnung der Koalition nach rechts und denken nicht im entferntesten daran, eine Schwendung nach links zu ermöglichen. Dies spricht mit aller Deutlichkeit bereits die „Germania“ für das Zentrum aus. Sie meint, daß das Vorgehen der Rechtssozialisten wohl nur die „Verhandlungen in der Richtung der Verbreiterung nach rechts“ etwas verzögern werden und fährt dann fort:

„Man darf mit Sicherheit annehmen, daß der Gedanke der breiten Koalition der Mitte von den beteiligten Parteien mit der gleichen Entschiedenheit vertreten wird, wie dies bisher der Fall war. Wenn man also auf dieser oder jener Seite Gefahren aller Art wittern zu müssen meint, dann trifft dies sicher nicht zu. Man wird gut tun, die Lage nicht pessimistisch zu beurteilen. Nach wie vor darf man hoffen, daß die Erkenntnis in die Notwendigkeit der breiten Koalition zu dem Resultat führt, das der innen- und außenpolitischen Situation entspricht. Der Schritt der Sozialdemokratie wird zumeist so beurteilt, daß man ihm mehr taktische als politische Bedeutung zumißt. Man wird auf sozialistischer Seite selbst sozialistische Einsicht haben müssen, daß die Grenzen für das Zentrum diesseits der U. S. P. gezogen sind. Der Reichstag geht zwar für einige Zeit auseinander, soviel wie man aber aus parlamentarischen Kreisen hört, werden die notwendigen Verhandlungen zum Zwecke einer Regierungsumbildung im zweiten Abschnitt der kommenden Woche wieder aufgenommen werden. Von den Vorgängen im Reich ist zunächst die Regierungsbildung in Preußen mit beeinflusst. Sollte jedoch mit einer längeren Verzögerung der Umbildung im Reich gerechnet werden müssen, dann ist es allerdings nicht ausgeschlossen, daß man in Preußen dem Reich mit der Regierungsumbildung vorangeht.“

Die „Germania“ erklärt also bereits mit aller Deutlichkeit, daß das Zentrum es ablehnen würde, mit der Unabhängigen Sozialdemokratie eine Regierung zu bilden. Diese Erklärung erfolgt unbedingt und ohne Einschränkung, bevor noch die Antwort unserer Partei vorlag. Die „Germania“ weiß nämlich, daß es der Unabhängigen Sozialdemokratie um die Verwirklichung eines bestimmten Programms geht, daß es ihr mit ihren Forderungen sehr ernst ist und deshalb die Ablehnung.

Und da ergibt sich von selbst die Frage, sollten die rechtsozialistischen Führer über die Auffassung der mit ihnen in der Koalition vereinten Parteien so gar nicht unterrichtet gewesen sein? Die Art, wie der Görlicher Beschluß inszeniert worden ist, ließ weder bei Freund noch Feind irgend einen Zweifel darüber, daß er eine Absage an die Unabhängigen und eine Zusage an die Deutsche Volkspartei bedeutete. Selbst wenn vor Görlich jemand wirklich hätte glauben können, die bürgerlichen Parteien würden sich mit einer Verbreiterung nach links ab-

Zur Lage im Burgenland

Ungarn ist formell bereit

Wien, 2. Oktober.

Wie die Völkische Korrespondenz von maßgebender Stelle erfährt, scheint die ungarische Regierung die Absicht zu haben, dem Ultimatum der Völkischerkonferenz dadurch Rechnung zu tragen, daß sie ihre Truppen und ihre Gendarmerie aus dem Burgenlande abberufen und das Uebergabeprotokoll an die Interalliierte Mission in Debensburg am 3. Oktober unterzeichnen will. Auf eine diesbezügliche Anfrage der Interalliierten Mission, ob die österreichische Regierung geneigt sei, ihren Vertreter in Debensburg zu beauftragen, das Uebergabeprotokoll zu unterzeichnen und zur Befestigung des Landes zu schreiten, hat die österreichische Regierung geantwortet, daß eine solche Uebergabeformalität vollkommen unzulässig sein müsse, solange sich das Land in den Händen der Banden befinde. Die österreichische Regierung könne sich keinesfalls mit einer formalen Uebergabe begnügen, sondern sie müsse die effektive Uebergabe verlangen sowie Garantien für die tatsächliche Säuberung des Burgenlandes von den Banden und für den zukünftigen unge störten Besitz. Sie sei daher nicht in der Lage unter den gegenwärtigen Umständen einen Vertreter für die Fertigung eines Uebergabeprotokolls anzuweisen. Ebenso wenig könne sie zur Besitznahme des Landes schreiten.

Diese Entscheidung der österreichischen Regierung ist nichts weiter als selbstverständlich. Der gegenwärtige Zustand in Westungarn würde durch die formelle Unterzeichnung des Uebergabeprotokolls nicht die geringste Aenderung erfahren. Nach wie vor ist das Land von den ungarischen Banden besetzt, die auf alle Protokolle pfeifen. Der öster-

reichischen Regierung bliebe nichts übrig, als auf gewaltsamen Wege der Unterschrift des Protokolls Anerkennung zu schaffen. Dazu ist Deutschösterreich weder mit seinen schwachen militärischen Kräften in der Lage, noch hat es das Burgenland überhaupt zu erobern, sondern von der Entente auf friedlichem Wege zu übernehmen. Es muß immer wieder daran erinnert werden, daß Westungarn nicht von Ungarn selbst an Deutschösterreich abzutreten ist, sondern daß die Entente es von Ungarn empfängt und es dann Deutschösterreich übergibt. Ist eine gewaltsame Auseinandersetzung mit den ungarischen Banden notwendig, so ist es die Entente, die mit ihren Kräften die Durchführung ihres Vertrages zu erzwingen hat.

Vermittlungsaktion

Paris, 2. Oktober.

Die Völkischerkonferenz hat die Anregung der italienischen Regierung bei den alliierten Regierungen zur Kenntnis genommen, die Kabinette von Wien und Budapest zur Entsendung von Bevollmächtigten nach Rom aufzufordern, um dort unter dem Vorsitz des italienischen Ministers des Auswärtigen ein Abkommen über die Frage der westungarischen Gebiete zu schließen. Die Konferenz hat den Vorschlag angenommen.

König Wilhelm von Württemberg gestorben. Herzog Wilhelm von Württemberg, der ehemalige König, ist auf seinem Schloß Bebenhausen am Sonntag vormittag im Alter von 73 Jahren gestorben.

In einer Nachwahl zum Pariser Gemeinderat wurde der wegen Neuterei bei der Schwarzmeerflotte verurteilte Kommunist Ratz gegen einen von den Radikalen aufgestellten Kandidaten mit 4574 gegen 1644 Stimmen gewählt.

